

# Herborner Tageblatt.

Herborner Anzeiger.

Amtsblatt der Stadt Herborn.

Herborner Zeitung.

Ercheint an jedem Werktag.  
Bezugspreis: Monatlich 2.50 Mk. ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag:  
J. M. Besch'sche Buch- und Kunstdruckerei, Herborn.

Inserate: Kleine Bettzeile 40 Pfg.  
Fernruf 20. - Postcheckkonto: Frankfurt, Nr. 17518

Nr. 109.

Herborn, Montag, den 10. Mai 1920.

77. Jahrgang.

## Der Binnenkrieg.

Seit einer Woche etwa streiken im mittleren Deutschland, auf Elbe und Oder, die Binnenschiffer. Der Wasserverkehr, dessen wir zur Bewältigung der Lebensmitteltransporte namentlich dringender als je bedürfen, ist stillgelegt. Im Bereich der sächsischen Freistaaten scheint ein wilder Schiffer- oder Transportarbeiterverband sein Wesen zu treiben, die Forderungen, die er vertritt, schmecken stark nach Syndikalismus. Aber auch im Preussischen wird dieser Binnenkrieg mit großer Rücksichtslosigkeit geführt. In zehn-tausenden von Binnenschiffern hat man bereits die Kartoffel-ladungen für die Großstädte verkaufen lassen, und wo die Technische Nothilfe, auf Anordnung der zuständigen Regierungsstellen, eingreifen wollte, scheint man sie durch all-erhand listige Manöver irrezuführen und lahmzulegen. Auch über Terror gegen Arbeitswillige wird gelaunt. Auf der Elbe sollen einzelne Kähne sogar mit Maschinengewehren und von den Bühnen aus mit Sandbaranaten beworfen worden sein. An Bemühungen, den Streik beizulegen, hat es natürlich nicht gefehlt. Aber der Handelsminister hat nichts erreicht, und jetzt erklärt auch der Reichsverkehrsminister Vauer, daß er keine Veranlassung nehme, in den Streik einzugreifen. Das „freie Spiel der Kräfte“, auf der einen Seite allerdings unter leichter Unter-stützung durch Kriegsmittel ziemlich unumkehrlicher Natur, kann also seinen Fortgang nehmen. Früher sprach man ausweilen von lebenswichtigen Betrieben, die unbedingt vor jeder Arbeitsstörung geschützt werden müßten; davon ist keine Rede mehr. Wer streiken will, kann streiken, gleichviel was darüber zugrunde geht.

Ein anderes Bild. Im Königsberger Hafen haben die Güterverräuberungen in der letzten Zeit derart zugenommen, daß die Rahmlegung des gesamten Hafenbetriebs, der das Rückgrat der Stadt darstellt, in bedrohliche Nähe gerückt ist. Hauptächlich werden Lebens- und Genussmittelladungen, aber auch Holz, Kohlen, Zement- und Metallsendungen bis zu 10% beschlagnahmt. Die Versicherungsgesellschaften lehnen es ab, das Frachtrisiko nach Königsberg zu übernehmen. Es besteht die dringende Gefahr, daß der Betrieb der Torren-dampfer, die meist auswärtigen Reedereien gehören, beträcht-lich eingestellt oder gänzlich eingestellt wird. Auf die Seite der Kaufmannschaft an das Volkseigenen, den Hafen-betrieb überwachen zu lassen, wurde jedoch geantwortet, daß dies unmöglich sei, da die Arbeiter dann die Arbeit nieder-legen würden. Man sollte doch die Angestellten der Betriebe mit der Überwachung beauftragen. Also eine glatte Bankrott-erklärung der Volkseigenen, die der Bürgerschaft wohl sehr erhebliche Steuerlasten auferlegt, aber verlangt, wo man ihrer mit zwingender Notwendigkeit bedarf. Daß die Angestellten anders zu tun haben als den Aufpasser über die Arbeiter zu spielen, und daß diese, wenn sie sich wirklich eine polizei-liche Überwachung nicht gefallen lassen würden, auch ihren Frach durch private Kuffner mit geringer Mühe sehr bald unbeschädigt machen könnten, sollte man sich eigentlich im Königsberger Volkseigenen selber sagen. Ebenso aber auch, daß es eine schwere Verleumdung des anständigen und ehelichen Teils der Arbeiterschaft bedeutet, wenn man ihnen ohne weiteres eine so weitgehende Solidarität mit den die-bischen Elementen in ihren Reihen zumutet. Was hier in Wahrheit geht, ist eine glatte Ermattung dieses ver-brechlichen Gesandels auf Kosten aller rechtlichen Arbeiter und Bürger. Daß darüber jede Autorität in die Winde gehen muß, versteht sich von selbst.

Aber was hilft das alles? Der Binnenkrieg, der uns nicht zur Ruhe, kaum zu fruchtbarer Arbeit kommen läßt, geht weiter und weiter, so ziemlich auf allen Gebieten. In Berlin rühren sich wieder einmal die Arbeitlosen. Sie fordern: Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf 42 Mt. für die Woche, unentgeltliche Verabfolgung sämtlicher rationierter Lebensmittel, kostenloser Vierung von Kleidung und Schuhwerk und dessen unentgeltliche Reparatur. Aber die ganze Reichshauptstadt sollen in Kürze Versammlungen veranstaltet werden, von denen aus man geschloffen vor das Rathaus gehen und dem Magistrat seine Forderungen über-bringen will. Herr Wermuth wird also bald wieder Gelegenheit erhalten, sich als Meister der Verhandlungskunst zu bewähren. Da hinter ihm die Unabhängigen des Stadt-parlamentes stehen und diese wieder nun daran denken müssen, daß die Reichstagswahlen immer näher heranrücken, kann man sich schon ungefähr denken, wie die Dinge laufen werden. Der Weltkrieg ist doch wenigstens einmal, wenn auch erst nach mehr als vierjähriger Dauer, durch einen Friedensschluß beendet worden. Unser Binnenkrieg dagegen läuft ohne Pause und ohne letzte Entscheidung zugunsten des einen oder des anderen Teils weiterlaufen zu wollen.

## Ungeheuerliche Zahlen!

Deutschlands Lasten aus dem Friedensvertrag.  
Eine amtliche Darstellung zeigt uns einen Teil der Wesentlichen, die uns der Frieden von Versailles auferlegt. Zunächst hat Deutschland durch diesen Vertrag das Saar-gebiet verloren, und in ihm die wichtigsten Saargruben, die mit einer Milliarde Goldmark bestimmt nicht zu hoch ver-anschlagt sind. Das Reichs- und Staatsvermögen, das mit den abgetretenen Gebieten verloren geht, beträgt etwa sieben Milliarden Goldmark. Die auf Grund des Artikels 286 des Friedensvertrages erfolgten Wiedergutmachungen sind bis Mitte April auf 2,5 Milliarden zu veranschlagen. Hierin sind enthalten die Handelsflotte, die Wiederaufbaukosten, die Zinsen, die Maschinen, die Kohlen (etwa 1/2 Milliarden Goldmark), die Farbstoffe, die Kabel, das Eisenbahn-material (etwa 1/2 Milliarden Goldmark), das Kali, das Saatgut. Zu veranschlagen sind ferner die gesamten Militärdépôts, d. h. die militärischen Depots und nicht-militärischen Güter, die in Belgien und Frankreich beim

Rückzug hinterlassen wurden. Der Wert beträgt etwa 7 Milliarden Goldmark. Einen erheblichen Posten nehmen ferner die Liquidationen der deutschen Unternehmungen im Auslande ein. Deren Bewertung ist sehr schwierig, doch handelt es sich auch hier um viele Milliarden. Die öster-reichischen, ungarischen, bulgarischen und türkischen Schulden sind auf 7 Milliarden zu veranschlagen. Einen erheblichen Verlust erleidet Deutschland durch die Zölle und Steuern, die im besetzten Gebiet die Ententebesatzungen für sich ein-ziehen. In Oberschlesien hat die Abstimmungskommission bis Ende März 212 Millionen Mark vereinnahmt. Erheblich belastet ist das deutsche Budget auch durch die Kosten der verschiedenen internationalen Abschlüsse, und die Be-satzungsheere haben bis Ende April 3 Milliarden Mark gefordert, die Unterhaltung der Kommissionen bis zum gleichen Zeitpunkt 127,5 Millionen. Die hohen Bessern werden ver-ständlich, wenn man die Gehälter kennt, die die Offiziere der vormalig feindlichen Mächte beziehen. Ein Hauptmann bekommt im Monat 12500 Mk., ein Major 18500, ein Oberst 15000, ein General 21000 Mk. monatlich. Die Ge-haltsaufwendungen des Reiches allein für diese Gehalts-zahlungen belaufen sich auf 10 Millionen Mark im Monat. Die Gehaltsbezüge für die Mitglieder der interalliierten Verwaltungsausschüsse in den Abstimmungsgebieten sind vom Obersten Rat in englischen Pfund festgelegt. Sie betragen nach dem heutigen, bereits stark gesunkenen Kurs ungerechnet, noch immer für den Kommissar monatlich 52500 Mk., für den Maschinenführer 9450 Mk., für den Chauffeur 6300 Mk.

## Rücktritt des Kapitäns Ehrhardt.

Auflösung der Marinebrigade.

Kapitän Ehrhardt, der Führer der zweiten, zurzeit im Munsterlager in der Auflösung begriffenen Marinebrigade, hat den Befehl über die Brigade niedergelegt und das Lager verlassen. Er hat seinen Abschied der Truppe in einem Befehl bekanntgegeben, der durch den Chef des Stabes, Major v. Falkenhäuser, den Soldaten mitgeteilt worden ist und in dem es heißt:

„Ich habe meinen bisherigen Entschluß, mich freiwillig in Haft zu begeben, aufgegeben. Entscheidend war für mich der feste Wille der Brigade, weder eine gewaltsame Fest-nahme, noch eine freiwillige Stellung zuzulassen. Ich konnte es nicht verantworten, daß meiner Person wegen die Regie-rung zu Maßnahmen hätte gezwungen werden können, die Kämpfe zwischen Truppen und Untertanen zur Folge gehabt hätten. Mit beinahe unglücklicher Genauigkeit hat sich eine von einer Gefesselung abgeraten wurde. Auch nicht eine Stelle hat mir zugeraten. Die Gründe sind ein-leuchtend. 1. Der Ruf nach der linksradikalen Seite ist unverkennbar, die Lage im Reich ist unsicher, die Staatsautorität gering, fraglich, ob die Regierung sich noch lange halten kann. 2. Die sicher lange währende Unter-suchungshaft würde nach all dem bisher Durchgemachten meine Widerstandskraft brechen, so daß ich bei der Haupt-verhandlung, körperlich und geistig gebrochen, nicht mit der erforderlichen Kraft für das Geschehene einstehen und mich verteidigen, das reichhaltige Material nicht ausnützen könnte und der Gegenpartei leichtes Spiel ließe. Leicht ist mir der Entschluß nicht geworden, in Sicherheit zu gehen, er wagt nicht zu dem ganzen bisherigen Bild der Brigade. Aber ich konnte und durfte die Truppe nicht in die Lage bringen, für mich mit der Waffe einzustehen oder mich in Schutzhaft zu nehmen.“

## Praktische Finanzwissenschaft.

Von unserm volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.

Die Ereignisse der letzten Jahre, ganz besonders aber die Gestaltung der Verhältnisse in den letzten Wochen, stellen eine Art praktischen Lehrganges der Finanzwissenschaft und der Geldlehre dar, der in seiner Wirkung recht erheblich ist. Denn der Nichtfachmann hätte sich sicherlich sehr gewundert, wenn man ihm vor der beschriebenen Erholung der Mark in den letzten Wochen gesagt hätte, die im Augenblick ein-tretenden wirtschaftlichen Folgen einer Besserung des Geld-wertes würden noch viel schlimmer sein, als die im Augen-blick merkbaren einer Senkung des Geldwertes. Und doch spielt jeder die allgemeine Geschäftslage, die nach der Senkung der Preise für fremde Währungen und zweifellos im inneren Zusammenhang mit ihr eingetreten ist. Während früher weiteste Kreise eine Senkung unserer Währungsnot nur von der allmählichen Rückkehr zum alten Goldwert der Mark erwarteten, hat dieses Experiment, das die letzten Wochen machten, sie doch recht klug gemacht und der Er-brücker der Frage, wie die deutsche Währung zu heilen sei, somit einen neuen Anstoß gegeben.

Es ist begreiflich, daß die Abschwächung, der der kleinen Erholung der Mark von etwa 4 auf etwa 10% ihres früheren Goldwertes folgte, den Stimmen einen besonderen Nachdruck gegeben hat, die nach der sogenannten Devaluation rufen, d. h. danach, daß der Staat etwa das heutige Ver-hältnis der Papiermark zu einer fremden Währung (dem Dollar) oder zum Gold gesetzlich festlege und gleichzeitig Bestimmungen darüber treffe, wie bis zum Zeitpunkt dieses Befehles eingegangene Schuldverpflichtungen in der neuen Währung zu erfüllen seien. Auf der anderen Seite sind natürlich die Stimmen nicht verstummt, die auf die entsef-lichen Schäden einer solchen Maßregel und vor allem darauf hinwiesen, daß im Fall ihrer Durchführung die ungemein wichtigen, heute zum Teil der Goldmark noch näher als der Papiermark stehenden Preise von Grundstücken, Mieten und ähnlichem mit einem Sprunge sich den neuen Verhältnissen anpassen würden. Das aber würde eine gesellschaftliche Um-wälzung bedeuten, die vielleicht in ihren Wirkungen noch viel tiefer greifen müßte, als das, was uns Krieg und Revolution nach dieser Richtung hin haben erfahren lassen. Und man

braucht nur die Frage aufzuwerfen, ob denn die anderen Währungen, z. B. die zweier, vom Kriege so wenig ge-schädigten Staaten, wie England und Nordamerika oder die Währungen dieser beiden gegenüber den wirtschaftlich wich-tigsten Neutralen, wie Holland, Schweden und der Schweiz, schon ein festes Verhältnis zueinander gefunden haben. Das ist nämlich nicht der Fall und damit erzieht sich die Frage der Devaluation fürs erste von selbst. Einen an sich schwankenden Kurs an einen anderen, ebenfalls nicht fest zu binden, ist eine Unmöglichkeit.

Die Hände in den Schoß legen und die Dinge laufen lassen, wie sie wollen, das darf man allerdings auch nicht, und man wird unseren regierenden Kreisen sogar das aus-drückliche Bugehändnis machen müssen, daß sie in der letzten Zeit recht geschickt und mit guter Wirkung gearbeitet haben. Dadurch, daß man der Einfuhr nach Möglichkeit Schranken legte, und auf der anderen Seite dafür sorgte, den Gegen-wert der Ausfuhr soweit nur irgend tunlich durch die Hände der Reichsbank gehen zu lassen, oder in ihrer Verwendung „onswie zu beaufsichtigen, ist in die Reichsbank bereits eine viel größere Stetigkeit gekommen. Neben dem Ausbau dieser Zweige der Wirtschaft gibt es allerdings noch mindestens zwei, von denen die weitere Entwicklung in weitem Umfange abhängt. Das eine ist der Arbeitslohn, von dem hier nur das eine gesagt werden soll, daß alle Steigerungen der Geldlöhne die Menge der verfügbaren Güter nicht steigern können, mithin auch nicht in der Lage sind, dem Lohnempfänger bessere Lebensmöglichkeiten zu gewährleisten. Mindestens ebenso wichtig aber ist der zweite Punkt, Steuern und Steuerflucht. Das in unserem Staate viel zu viel Geld herauschwimmt, wissen wir alle; ebenso wissen wir, daß zur Bestreitung der Aus-gaben von Staat, Städten usw. immer neue Kaufkraft ge-schaffen werden muß, weil die Einnahmen dieser Körper-schaften zur Deckung der Ausgaben nicht reichen. Solange das der Fall ist, kann eine dauernde Besserung oder auch nur Steigerung unserer Währung nicht eintreten. Mit anderen Worten, davon, daß Steuern geholt werden, daß viel Steuern gezahlt werden und daß die Steuerflucht, sowie solche Steuererklärungen mit den schärfsten Mitteln bekämpft werden, hängt die Gesundung unserer Wirtschaftslage eben-falls zum großen Teil ab.

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

♦ **Deutsch-französische Wirtschaftskonferenz.** Die Wirtschaftskonferenz, die in einigen Tagen in Paris abgehalten wird, wird sich einzig und allein mit der Wieder-aufbau der zerstörten Gebiete und mit Wirtschaftspragen beschäftigen. Es wird dazu weiter gemeldet, daß die französische Regie-rung voraussichtlich einen Vorschlag über die Art der direkten Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete machen wird.

♦ **Auflösung der Fliegertruppe.** Beim Abschiedskappell der deutschen Fliegertruppe richtete General von Seekt eine Ansprache an die versammelten Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, in der es heißt: „Mit dem heutigen Tage legt eine kampfbewährte junge Waffe nach ruhmvollem Be- stehen still und stößt die Waffen nieder. Am 8. Mai 1920 vollendet die deutsche Fliegertruppe die im Friedensvertrag von uns geforderte restlose Auflösung aller ihrer Formationen und Stämme. Die Forderung der Auflösung ist die letzte Anerkennung, die ihr der Gegner von gestern widerwillig zollt.“ General von Seekt gedachte dann der ungeacht schen Entwicklung der Fliegerwaffe und ihrer Soldaten im Weltkrieg und schloß mit den Worten: „In stolzer Trauer nimmt die deutsche Armee und das deutsche Volk Abschied von seinen treuen Kameraden der Luft. In der Geschichte der deutschen Armee wird das Ruhmesblatt der Fliegerwaffe nie weilen. Die Waffe ist nicht tot, ihr Geist lebt.“

♦ **Schändtaten der farbigen Franzosen.** Das Treiben der französischen Besatzungstruppen, das schon wiederholt zu heftigen Klagen Anlaß gegeben hat, hat bis heute noch keine Änderung erfahren. Die Nachrichten über Ver-gewaltigung deutscher Mädchen und Frauen und über andere Sittlichkeitsverbrechen mehren sich tagtäglich. Sogar un-mündige Kinder bilden für die bestialischen Instinze der Schwarzen Gegenstand der Mißhandlung und Verführung. Besonders unerhört ist das Verhalten der französischen Kommandostellen, welche das sittenwidrige Treiben ihrer Soldaten dulden, insofern in verschiedenen Städten des be-etzten Gebietes das Eingreifen der deutschen Sittenpolizei verboten wird. Es ist zu erwarten, daß sich die deutsche Regierung in einem lebhaften Protest gegen diese Verge-waltigung der weißen Rasse wenden wird.

♦ **Das Religionsaustrittsgesetz.** Der Rechtsausschuß der Preussischen Landesversammlung stellte den endgültigen Wortlaut des Gesetzes über den Austritt aus den Religions-gesellschaften fest, wie es dem Plenum vorgelegt werden soll. Danach erfolgt die Austrittserklärung vor dem Amtsgericht; eine Vertretung kraft Vollmacht ist nicht möglich. Die recht-lichen Wirkungen treten einen Monat nach dem Eingang der Erklärung beim Amtsgericht ein. Innerhalb dieser Er-wägungsfrist kann die Erklärung vor dem Amtsgericht wieder zurückgenommen werden. Das Amtsgericht teilt den Austritt der Religionsgesellschaft mit und erteilt dem Ausgetretenen eine Bescheinigung darüber. Die Austrittserklärung bewirkt die dauernde Befreiung des Ausgetretenen von allen Leistungen, die auf der persönlichen Zugehörigkeit zu der Religionsgesellschaft beruhen nach Ablauf eines Steuerjahres, in gewissen Fällen jedoch erst nach Ablauf des zweiten Jahres. Das Verfahren vor dem Amtsgericht ist kostenlos.

♦ **„Wir fressen uns selbst auf!“** Aber unsere traurige Finanzlage äußerte sich in einem Vortrag Reichsfinanz-minister Wirth. Danach ist im ordentlichen Etat ein Fehl-

betrag von 5 Milliarden, im außerordentlichen Etat ein Fehlbetrag von 12 Milliarden. Dazu kommen die Fehlbeträge der Eisenbahn mit 1/2 Milliarde und der Reichspost trotz der neuen Gebühren mit mindestens 1 Milliarde. Es ist unmöglich für das deutsche Volk, daß diese Wirtschaft einige Jahre dauern kann. Hier handelt es sich um die sozialisierten Betriebe. Wenn nicht Arbeiter und Beamte alles aufbieten, daß unter Aufwand aller Arbeitskräfte diese Fehlbeträge verschwinden, dann ist der Sozialisierungsgedanke erstickt und erstickt. Für 30 Milliarden Fehlbetrag muß Deduktion geschaffen werden. Das direkte Steuersystem ist im wesentlichen abgeschlossen. Es wird aber allein nicht genügen. Das indirekte Steuersystem ist ebenfalls schon angepaßt. Es erhebt sich die Frage, wie wir zahlen sollen. Ohne Regelung und Kontrolle der Produktion kommen wir aus dem Elend nicht heraus. Ein freies Spiel der Kräfte in dem Umfang wie früher ist nicht mehr möglich. Die Luxusproduktion muß auf den Weltmarkt kommen. Verbrauch wir z. B. eingeführte Seide, dann fehlt das Geld für Nahrungsmittel. Wir fressen uns selbst auf. Das deutsche Volk verzehrt mehr, als es produziert.

**Zur Abfindung des bayerischen Königshauses.** Im bayerischen Landtage interpellierten die Sozialdemokraten über die vermögensrechtliche Abfindung des früheren Königshauses und behaupteten dabei, daß dieses Hunderte von Millionen in Bargeld, Grundbesitz, Waldungen, Kunstschätze, Schlösser usw. verlange. Die Sozialdemokraten griffen die Wittelsbacher auf das Schärfste an und erhoben gegen sie auch den Vorwurf der Mitschuld am Kriege. Die früheren Fürstlichkeiten mußten einsehen, daß ihre Sonne untergegangen sei und daß der Ruf: Nur die Arbeit kann uns retten! auch für die früheren Fürsten Geltung habe. Im Laufe der sehr stürmischen Auseinandersetzungen erklärte die Regierung, das frühere Königshaus müsse in lokaler Weise nach Recht und Billigkeit abgefunden werden. Das Interesse des Staates werde von der Regierung weiterhin gewahrt, aber es sei eines freien und demokratischen Volkes wohl würdig, dem früheren Königshause angesichts seiner unbestreitbaren Verdienste in großzügiger Weise die Entschädigung zuteil werden zu lassen.

### Amerika.

**Ein Vorstoß gegen Wilson.** Nach Meldungen aus Washington hat Knorr in der Senatsdebatte heftige Angriffe gegen Präsident Wilson gerichtet, der lieber die Nation weiterhin im Kriegszustand halte, als daß er von dem Wege, den ihn sein Eigensinn gehen heiße, auch nur ein wenig abweiche. Es sei notwendig, den Machtbefugnissen dieser Regierung unverzüglich ein Ende zu machen.

### Aus In- und Ausland.

**Amsterdam.** Einer Blättermeldung aus Warschau zufolge dauert der Kampf zwischen Bolschewisten und Polen um den Besitz von Kiew Tag und Nacht fort. Die Polen drängen in einem großen Maßbetrags langsam vorwärts.

**Peking.** Die Zweite Kammer hat den Antrag Maweston auf Verstellung von Beziehungen zu Rußland mit 48 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

**Washington.** Mit Rücksicht auf die Entscheidung des Arbeitsamtes, daß die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei allein noch kein Grund zur Ausweisung sei, wurde eine Sonderkommission des Einwanderungsausschusses des Senats abgeordnet, um über eine sofortige Abänderung des Einwanderungsgesetzes zu beraten.

## Vom Tage.

### Bertagung der Konferenz von Spa.

Die französische Presse gibt zu, daß eine Bertagung der Konferenz von Spa unvermeidlich sei, weil schon die Vorverhandlungen der Entente nicht rechtzeitig vor dem 15. Mai zum Abschluß gelangen könnten.

### Der Termin für die Kreiswahlvorschläge.

Der Kreiswahlleiter des Wahlkreises Hessen-Nassau in Kassel gibt amtlich bekannt, daß die Kreiswahlvorschläge bis spätestens 16. Mai bei ihm eingereicht sein müssen. Erklärungen über Verbindung von Kreiswahlvorschlägen innerhalb des Wahlkreisverbandes müssen bis zum 23. Mai bei dem Verbandswahlleiter in Darmstadt, Erklärungen über den Anschluß von Kreiswahlvorschlägen an Reichswahl-

vorschläge bezw. Zurechnung von Reststimmen zu einem Reichswahlvorschlag müssen bis zum 27. Mai beim Kreiswahlleiter in Kassel eingereicht werden.

### Die letzten Seimtschifftransporte nach Ostasien.

**Berlin.** Der letzte Seimtschifftransport nach Ostasien, mit Familien aus Japan und China, ist am 6. Mai von Port Said nach Hamburg in See gegangen. Der Dampfer wird vom 23. Mai ab in Hamburg erwartet.

### Wetterberichterstattung der Berliner Straßenbahnfahrt.

**Berlin.** Der Aufsichtsrat der Großen Berliner Straßenbahn beschloß, den Einseilpreis für eine Straßenbahnfahrt vom 21. Mai ab von 50 auf 70 Pfennig zu erhöhen.

### Noch keine Räumung Frankfurts.

**Frankfurt a. M.** Die Meldung des „Daily Express“, daß eine Räumung von Frankfurt am Main und der anderen neuerebten Städte im Gange sei, die angeblich noch vor Zusammentritt der Konferenz in Spa beendet sein soll, trifft für Frankfurt a. M. nicht zu. Es sind von den Franzosen keinerlei Anhaltspunkte getroffen worden, die Stadt oder die Umgebung zu räumen.

### Zur Vergevaltigung Frankfurts.

**Frankfurt a. M.** Der Polizeipräsident hat die ihm vom General der Rheinarmee auferlegte Geldstrafe von 10 000 Mark der zuständigen französischen Behörde mit einem Schreiben übermittelt, worin er gegen die Verstrafung entschieden Verwahrung einlegt und bestritt, daß Waffen in beträchtlich höherer Zahl, als zur Ausstattung der Polizei erforderlich sind, vorhanden wären.

### Verfälschung der oberösterreichischen Besatzungsstruppen.

**Wien.** Die bereits angekündigte Verstärkung der Besatzungsstruppen für Oberösterreich um 25 Prozent ist vom Obersten Räte in Paris genehmigt worden. Eine internationalisierte Sonderkommission unter Leitung des Generals Kollert ist auf Grund einer der letzten Besatzungsberichte nach Oberösterreich unterwegs.

### Frankreichs Unvernuhft.

**Rotterdam.** „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meint bei einer Besprechung der letzten in der alliierten Presse heftig ventilerten Frage der deutschen Kriegsschadigungen, daß die Franzosen nur die eine Furcht hätten, Deutschland könne zu unendlich wekommen. Die französische Theorie, daß man proportional zu Deutschlands allmählichem Wiederaufbau die Entschädigungszahlungen in einer progressiv steigenden Reihe bemessen könnte, sei unlogisch, denn dann werde den Deutschen die Lust an der Arbeit vergehen, weil die Früchte ihres Fleißes nicht ihnen zugute kommen würden.

### Rumänien gegen Sowjetrußland.

**Budapest.** Die ungarischen Blätter aus Bukarest melden, daß in Rumänien Fieberhaft gegen Rußland gerufen. Ein Vertreter des Generals Kowalew wird sich nach Warschau begeben, um mit dem Präsidenten Biliubski ein Bündnis zwischen Polen und Rumänien abzuschließen.

### Vorbereitungen für Spa.

**Paris.** Die französischen Finanzfachverständigen, die die Vorbereitungen für die Konferenz von Spa in Gemeinschaft mit den englischen Sachverständigen durchführen sollen, sind in London eingetroffen.

### Die bedrängte türkische Polizei.

**London.** Einige Abendblätter veröffentlichten Depeschen aus Belsast, nach denen die türkische Polizei in den Ausbust treten will, wenn die Regierung nicht die notwendigen Maßnahmen treffe, um die Polizei in Ausübung ihrer Pflicht zu schützen.

## Welt- und Volkswirtschaft.

### Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, dänische oder österreichische Kronen, Schweizer und französische Franc und Lire sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ = angeboten; „Geld“ = gesucht.)

Warenpläge	S. 5.		7. 5.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland . . . Gulden	1878.—	1832.—	1923.—	1927.—	170 M.
Dänemark . . . Kronen	875.10	883.90	894.10	895.90	112 .
Schweiz . . . Franc	—	—	934.—	936.—	80 .
Amerika . . . Dollar	50.45	50.55	52.90	53.10	4.40 .
England . . . Pfund	197.80	198.10	203.84	204.20	20.20 .
Frankreich . . . Franc	526.65	330.35	—	—	80 .
Italien . . . Lire	259.70	260.30	240.75	250.25	80 .
Österreich . . . Kronen	23.97	24.03	24.72	24.78	85 .

**Berliner Produktverkehr.** Amtlich notierte Presse der Berliner Produktverkehr am 8. Mai: Dafer für

1000 Kilogramm loco 2000 Mark ab Station drei Wagen, auf Abladung 2620—2840 Mark ab Station. Tendenz: beizuplet.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 10 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriererbsen 280—330 Mark, gelbe und grüne Erbsen 180—230 Mark, Bohnen, weiße inländische —, Mark, Pelusischen 120—125 Mark, Biederbohnens 115—125 Mark, Bienen 105—110 Mark, Buxinen 65—72 Mark, Geradelle 60—68 Mark, Wiefenssen, Iste, 20—25 Mark, Stroh, drabgepreßt 18—14 Mark, zehlbündel 11—12 Mark, Trodenknäuel 60—64 Mark, Patent Steffen 100—104 Mark.

**Amerikanische Kredite für Deutschland.** Der republikanische Senator France hat einen Antrag eingebracht, der bezweckt, Deutschland beim Ankauf von solchem Material, das für seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau notwendig ist, beizustehen. Die Vorlage ermächtigt eine Finanzinstitution, 250 Millionen Dollar zum Ankauf von Lebensmitteln und Rohstoffen zu leihen, wofür die Korporation Bezahlung in 3 Prozent deutschen Wertpapieren erhalten würde. Die Korporation ist mit dem Plan einverstanden.

**Neues Leben bei Krupp.** Die Firma Krupp beschäftigt große Fabrihallen, die bisher an die Stadt Essen vermietet waren, demnächst zur Aufnahme neuer Fabrikationszweige in Gebrauch zu nehmen. Diese Tatsache bestätigt, daß die Umstellung der Kruppischen Werke auf Herstellung von Friedensmaterial bisher mit großem Erfolge durchgeführt worden ist. Die Arbeiterzahl der Essener Kruppischen Werke hat gegenwärtig den Stand von 1914 bereits wieder überschritten und beträgt etwa 48 000 gegen 39 000 vor dem Kriege.

**Bayern und die Mehlpriesterhöhung.** Auf den telegraphischen Protest der Stadtverordnetenversammlung von München gegen die Erhöhung der Mehlpriesterhöhung hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft geantwortet, daß die Mehlpriesterhöhung unumgänglich war, da allein durch die zur Aufrechterhaltung unserer Brotversorgung für den Rest des Wirtschaftsjahres erforderliche Einfuhr mehrerer hunderttausend Tonnen Getreides der Reichsgetreidestelle Mehrkosten im Betrage von über drei Milliarden Mark entstehen. Hiervon werden durch die Mehlpriesterhöhung nur etwa 1 1/2 Milliarden gedeckt.

**Amerikanisches Kapital für die U. S. G.** Die bekannte Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Berlin erhöht ihr Aktienkapital um 25 Millionen Mark. Diesen Gesamtbetrag übernimmt eine allererste amerikanische Finanzgruppe zum Tageskurs der Aktien, die augenblicklich 341 stehen. Der Gegenwert wird von den Amerikanern in Dollar gezahlt unter Zugrundelegung des heutigen Dollarkurses. Wichtig ist bei dem Abschluß des Geschäfts vor allem, daß das Stimmrecht und die Verwaltung des Aktienpostens selbst dem U. S. G.-Konsortium erhalten bleiben, um so jedwede Möglichkeit einer beginnenden Überfremdung auszuschließen. Deshalb hat die U. S. G. mit den Amerikanern vereinbart, daß die jungen Aktien in geschlossenem Besitz bleiben müssen, und daß das Stimmrecht verwaltet wird von einem Ausschuß, der aus drei Personen besteht. Diefem Ausschuß müssen zwei Deutsche angehören, die der U. S. G. nahesteht und von dieser selbst ernannt werden. Das dritte Mitglied des Ausschusses ist ein Amerikaner.

**Riesenpreissturz in Japan.** Die hauptsächlichsten Firmen der japanischen Baumwoll- und Seidenindustrie erniedrigten ihre Preise um die Hälfte. Nachrichten aus den Webzentren melden die Einstellung der Arbeit. Einige Firmen haben ihre Arbeiter heurlaut. Die zeitweilige Schließung der Weberei wird auf die Absicht der Weberei zurückgeführt, die Erzeugung um die Hälfte zu verringern, um die wachsenden Preise zu halten.

### Parteinachrichten.

**Kandidatenliste der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Hessen-Nassau.**

Der am 6. Mai in Weimar zusammengetretene Wahlkreisvertretertag der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Hessen-Nassau beschloß einstimmig die endgültige Bestimmung der Kreiswahlliste. An erster Stelle wurde aufgestellt der bisherige Vertreter der Partei in der Nationalversammlung Herr Geheimrat Prof. Dr. Nieber-Verein. Für die zweite Stelle wurde Landwirt Karl Hepp-Seelbach (Oberlahnau) Vorkandidat der Bezirksbauernschaft Nassau nominiert. Der dritten Platz der Liste nimmt Lokomotivführer Theodor Seibert-Frankfurt am Main ein.

## Der Triumph des Lebens.

Roman von Lola Stein.

### 42. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Er liebte Irene. Sie war und sie blieb für ihn die Schönste und Beste, aber auf die Dauer genügte ihm das Zusammensein mit einer Frau nicht. Und er war das tolle, lustige und ausschweifende Leben seiner Jungengesellschaft zu sehr gewohnt, um ihm auf immer zu entlagen.

Andere Frauen fesselten seine leicht entzündliche Phantasie, seine Sinne. Die Sehnsucht, die ihm nach Irene jahrelang im Blute gebrannt, war durch ihren Besitz gestillt, von der Krankheit, die die Liebe zu ihr für ihn gewesen, war er jetzt genesen.

Er meinte, daß sein Flirten mit anderen Frauen, daß alle Bekanntschaften, die er ohne Irene genoß, nichts mit seinem Gefühl für sie zu tun hätten, daß sie seiner Liebe nicht schaden. Und immer aufs neue lehrte er, wenn er ihr einige Zeit innerlich fern gewesen, wenn er sie vernachlässigt hatte, zu ihr zurück, wieder von ihr entlassen, von ihrer Schönheit, ihrem Reiz bezaubert.

Sie machte ihm niemals Vorwürfe. Sie ließ ihn gewahren. Sie kannte seine Natur, es überraschte sie nicht, daß er ihr nicht treu war, in keiner Weise treu. Daß er sie betrog mit anderen Frauen, belog in vielen kleineren und größeren Dingen, daß er ihr nie Rechenschaft gab über sein wirkliches Leben.

Sie lebte an seiner Seite, aber innerlich trennten sie Welten von ihm. Und da es sie nicht reizte, ihn dauernd an sich zu fesseln, so ließ sie ihn schweifen, wohin er wollte, so ließ sie ihn sein Dasein leben, wie sie das ihre lebte, das nur auf Innerlichkeit gegründet war. Sie war sehr einsam in diesen Jahren, sehr, sehr allein. Denn Gesellschaft gab ihr nichts. Sie mußte ein gastliches Haus führen, weil ihr Gatte es verlangte, sie kam mit vielen Menschen zusammen, schloß äußerliche Freundschaften, innerlich band sie nichts an alle diese Leute. Vielleicht lag es an ihr, daß sie feilisch zu einsam blieb, weil sie sich niemals mehr Mühe gab, zu suchen. Sie meinte, daß fremde Menschen ihr nichts mehr geben könnten und

daß ihr Leben beizuhalten sei in ihrer Reue, und vergaß dabei ihre Jugend, die sich nicht auf ewig unterdrücken lassen würde.

Ihre Welt war die Kunst, gute Bücher, Bilder, Musik. Musik vor allem. Sie sah hundentlang täglich am Flügel, sie ließ ihre Stimme ausbilden. Helmut war stolz auf seine begabte Frau. Er liebte es, mit ihrer Schönheit, mit ihrer Begabung zu prunken. Auch das war Irene verhasst, aber sie ließ es über sich ergehen wie vieles andere.

Nur einmal war sie heftig geworden und hatte versucht, ihren Willen durchzusetzen. Das war vor einem Jahr gewesen, als Helmut Körner der glänzende Auftrag des Kommerzienrats Grumberger nach Berlin herief. Irene weigerte sich, nach der Hauptstadt zu ziehen. Aber Helmut, dem zwar München viel gegeben, dem aber in den ganzen Jahren die Sehnsucht nach seinem geliebten Berlin im Blute gebrannt, wollte den wahrhaft glänzenden Auftrag nicht ausschlagen. Es kam zu heftigen Szenen zwischen dem Ehepaar. Bis sein starker Wille siegte. Irene fügte sich wieder einmal.

Als sie dann in Berlin lebte, in der reizenden kleinen Grunewaldvilla, die Helmut gemietet und entzündend eingerichtet hatte, schwand allmählich die fürchtbare Unruhe, mit der sie die Stadt wieder betreten, in der sich ihr Gesicht erfüllte.

Die Furcht, dem ehemals, ach dem noch immer geliebten Manne hier wieder zu begegnen, hatte sie ruhelos gemacht. Nun wurde sie stiller. Berlin war groß, Irene ging wenig aus und ihre gesellschaftlichen Kreise würden ja nicht die seinigen sein. Aber ein leises, leises Bangen blieb in ihr zurück, quälte und ängstigte sie oft.

Die Geistesfreiheit, die Körners in Berlin pflegte, entwickelte sich stärker als in München. Helmut Körner kam hier in Mode. Man riß sich um ihn. Auch seine geschäftlichen Chancen standen glänzend. Er verdiente große Summen, die dem leichtsinnigen und verschwenderischen Mann durch die Finger rannen. Niemals besah er etwas, trotzdem er sich in den letzten Jahren bei mäßiger Lebensführung schon ein kleines Vermögen hätte erwerben können. Aber auch in diesem Punkt erreichte Irene nichts bei ihrem Mann. Er warf das Geld mit vollen Händen um sich, er machte Schulden, wenn er nicht auskam, ohne die

geringsten Skrupel, lachte über ihr Entsetzen, lebte hell in Sauf und Braus und warf unbezahlte Rechnungen und Mahnungen gleichgültig beiseite.

Diese Unordnung in ihrer wirtschaftlichen Lebensführung war Irene furchtlich. Aber wenn sie ihm Vorwürfe darüber machte, nannte er sie kleinlich, eine Spielbürgerin, einen Geizhals. Und sie merkte immer wieder, sie änderte ihn nicht. Aber die Verdrängung auf der einen Seite und manchmal die direkte Geldknappheit und die Unmöglichkeit, wirklich notwendige Sachen zu bezahlen, ängstigte sie oft und erzwangte ihr das Leben.

Nun lag der leise Hauch von Melancholie, der sie in der ersten Zeit, als sie im Volkmerischen Hause lebte, während gezeichnet, ständig über ihrem Wesen. Er wachte ihr, gehörte zu ihrer Schönheit. Man las in den wunderbaren Augen dieser Frau, daß sie innerlich einsam war, ganz, ganz allein . . .

Mit einem müden Seufzer verließ Irene die Spiel. Armer Walter, armer Bruder! Auch er schloß sein verpfushtes Leben dahin, verpfuscht durch eigene Schuld.

Was war aus ihnen beiden geworden, die einst so froh so hoffend, so glücklich dem Dasein entgegengelacht!

Ein Klopfen an der Tür ließ die junge Frau zusammenfahren. Auf ihr „Gerein“ trat Räte Körner in ihr ins Zimmer.

Seit das Ehepaar in Berlin wohnte, war die Freundschaft zwischen den Schwägerinnen, die durch die Verheiratung und Irenes Starbheit in den ganzen Jahren gelitten, wieder neu aufgeblüht. Räte Körner hatte sich zwei Jahren nach vollendetem Studium in Berlin eine praktische Ärztin niedergelassen, die allen Beziehungen ihres Bruders hatten ihr bald Praxis verschafft. Sie war jetzt gut eingeführt, hatte viel zu tun.

Sie war unvermählt geblieben. Trotz ihrer salomonischen Erscheinung, ihres burschikosen Wesens hatte es ihr nicht an Bewerbern gefehlt. Das hübsche Mädchen hätte hätte ein paarmal heiraten können. Aber sie hatte es heute vorgezogen, allein zu bleiben, man konnte sich Körner auch kaum verleben oder liebend vorstellen. Sie doch war sie nur einsam geblieben, weil sie tief innerlich Auswendtreue nicht verzeihen konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Weiterhin werden auf der Liste u. a. stehen: Rechtsanwältin Dr. Becker-Hersfeld, Hausfrau Anna Dräger-Frank, a. M., Briefträger Epstein-Wiesbaden, Maurermeister Landwirt Feger-Falkenstein, Landwirt und Bürgermeister Landwirt Feger-Falkenstein, Schreinermeister Wilhelm Gutheil-Fers, Landwirt Hasfeld-Driedorf, Seminarlehrer Hollmann-Ludwig, a. d. Fulda, Werkstatthilfsleiter Kalkofen-Embarg, Landwirt Koch-Goddelshaus (Waldeck), Pfarrer Kopper, a. d. Bad Ems, Frau Dr. phil. Francis Maganus-Marburg, Landwirt Osterhaus-Wiesbaden, Fabrikant A. Paschke-Michelbacher Hütte (Kassau), Stadtk. Mengenermeister Meißner-Frankfurt a. M., Postsekretär Schellenberger-Stadt, Buchbindermeister Stöhr-Kassel.

## Aus Nah und Fern.

Herborn, den 10. Mai.

Unter Beteiligung der Turnvereine Herborn, Merkenbach, Niedersfeld und Ballersbach, des hiesigen Radfahrervereins, den Spielabteilungen des Fußballvereins Niedersfeld und des Seminars Dillenburg, sowie den Schülern unserer Stadt, fand gestern der „Allgemeine deutsche Spielplatzwettkampf“ hier statt. Kurz nach 3 Uhr trafen die Käufer und Käuferinnen aus 7 verschiedenen Richtungen auf dem Marktplatz ein, wo bereits die Behörden der Stadt, sowie die Bürgermassen erschienen waren. In schlichten, markigen Worten begrüßte Herr Meßler, vom Turnverein Herborn des Zweckes der Veranstaltung. Seine trefflichen Worte gipfelten in einem Aufruf auf die deutsche Turn- und Sportbewegung. Mit dem Schließen des Liedes „Ein Ruf ist erklungen“ endete die einleitende Veranstaltung. — Das auf 5 Uhr angelegte Fußballwettkampf Seminar Dillenburg gegen Turnverein Herborn hatte viele Anhänger eines gesunden Sportes vor dem Spielplatz gezogen, wo das Spiel von dichten Scharen verfolgt war. Die wackerere Mannschaft vom Seminar, die sich von Mißgeschick verfolgt war, mußte als geschlagen, den Platz verlassen. Der Sturm von Dillenburg war gut im Anlaß bei Herborn die Verteidigung sicher in der Abwehr. Der Mann im Felde war sichtlich der Torwächter vom Turnverein, Herr Doerbeck, früher Fußballklub „Sportfreunde“ Frankfurt, der sich seiner Aufgabe in glänzender Weise entledigte und das sportfreudige Publikum des öftern zu Beifalls- und Jubelrufen hinstieß. Hoffen wir, daß die gestrigen Veranstaltungen ihren idealen Zweck erfüllen, daß sie dem Sport und der Jugend viele neue Anhänger bringen mögen.

Guntersdorf. Herr Bürgermeister Heun ist das Dienstreisende für Kriegshilfe verliehen worden. Marienberg. In den letzten Tagen war ein Vertreter des Landbesatzungsmittelamtes, Herr Dr. Stapp, im hiesigen Hause anwesend. Herr Dr. Stapp entnahm in verschiedenen geschäftlichen Geschäften Proben von Nahrungsmitteln, um zu feststellen, ob dieselben in keinerlei Weise verfälscht sind. Ein besonderes Augenmerk wurde von Herrn Dr. Stapp auf die Milchabgabe des Kreises gerichtet. Er hatte verlangt, daß die sämtlichen Gew. Wachtmeister des Kreises zu Besprechungen und Belehrungen nach Marienberg resp. Hachenburg eingeladen werden und erklärte denselben, auf welche Weise sie Feststellungen über die Beschaffenheit und besonders den Fettgehalt der Milch erkennen können. Es wurden den Herren Wachtmeistern die hierzu nötigen Apparate gezeigt und übergeben, wobei dieselben fernerhin leicht feststellen können, ob die Milch, wie sie zur Ablieferung gelangt, sich in gutem einwandfreien Zustande befindet. Die Herren Wachtmeister wurden alsdann aufgefragt, öfters unerwartet in den einzelnen Gemeinden bei der Abgabe der Milch zugegen zu sein und Milchproben vorzunehmen.

Diehen. Am 5. August 1919 entstanden in Diehen wegen Viehhäufung Bauernunruhen, wobei die Viehhäufung und die Viehhäufung verbrannt wurden. Den Haupttätern wurden jetzt von der hiesigen Strafkammer dafür Gefängnisstrafen von 3-4 Monaten gekannt.

Frankfurt a. M., 9. Mai. Das Opernhaus bleibt in Anordnung des französischen Befehlshabers heute und morgen geschlossen, weil bei der Aufführung des „Betteledanten“ am Freitagabend der Opernsänger Regal eine Kugelstrophe gekriegt haben soll, an der anwesende französische Offiziere Anstoß nahmen und das Opernhaus verlassen. Result ist in eine Strafkammer von acht Tagen genommen worden.

Die Universität Frankfurt soll, da ihr Fortbestehen in der jetzigen Form wegen Mangels an Mitteln gefährdet erscheint, in eine Arbeiterakademie umgewandelt werden. Der künftig studierenden Arbeiter soll in zweijährigem Studium die Grundlagen der Sozial- und Rechtswissenschaften, der Philosophie und der Kunstwissenschaft vermittelt werden. Während der Studienzzeit sollen die studierenden Arbeiter für sich und ihre Familien ihren Lebensunterhalt aus besonderen Mitteln verdienen. Die Lösung der finanziellen Frage, jährlich rund 15 Millionen Mark, ist in der Weise gedacht, daß bei allen in der Stadt kommenden Organisationen eine Umlage erhoben werden soll. Die Universitätsprofessoren Pape und Singheimer sind mit der Ausarbeitung einer Denkschrift, die sich in der Richtung der vorstehenden Ausführungen bewegt, beschäftigt.

Stadtoverordnetenvorsteher Heintz Hoff ist, wie schon mitgeteilt, von den Franzosen in eine Geldstrafe von 10 000 Mk. verurteilt worden, weil er gelegentlich der Stadtoverordnetenversammlung den Protest der städtischen Behörden gegen die Besetzung des Mangaus durch die Franzosen nicht auf die Tagesordnung der Versammlung gesetzt hatte. In spontaner Weise stellt sich nun die Bürgerschaft hinter Hoff, der in dem Protest gegen die Besetzung wohl aller Art Ausdruck verlieh, indem sie durch rasch veranstaltete Sammlungen die „Strafsumme“ zur Verfügung stellt.

Die Stadt beabsichtigt, mehrere Braunkohlenfelder bei Herborn von der dortigen Portland-Zementfabrik für 120 000 Mk. zu erwerben.

Entgegen den Meldungen, daß der große Platiniebstahl, bei dem eine hiesige Weberei mit 1 800 000 Mk. geschädigt wurde, durch Ludwigshafener Kriminalbeamte aufgedeckt und das Platin durch herbeigeschickte Arbeiter gefunden worden sei, ist zu erklären, daß die Ludwigshafener Platiniebstahl mit dem Frankfurter Diebstahl nichts zu tun hat. Der hiesige Diebstahl hat noch der Aufklärung bedürftig.

Ullingen. Die Stadtoverordnetenversammlung beschloß, gegen die riesigen Kosten von dem Bau städtischer Wohnhäuser Abstand zu nehmen.

Wiesbaden. Die außerordentliche Bezirksynode des Konfessionsbezirks Wiesbaden ist nunmehr auf den 1. Juni ds. Js. einberufen worden. Die erste Sitzung wird an diesem Tage vormittags 10 Uhr im hiesigen Landeshause stattfinden.

Soden-Salmünster, 9. Mai. Die Frankfurter Kriminalpolizei, die die Verfolgung der Raubmordfälle an dem Schlosser Ludwig Schwarz aus Kasselheim aufgenommen hat, hat bis zur Stunde folgendes ermittelt: Der ermordete Schwarz wurde zum letztenmal am Dienstag den 24. Februar 1920 im Gasthof „Badischer Hof“ in Frankfurt a. M. gesehen. Er befand sich in Gesellschaft des früheren Schulkamraden und jetzigen Jagdaufsehers Philipp Wolf aus Soden. Beide begaben sich gegen 3 Uhr nach dem Hauptbahnhof, um gemeinsam nach Soden-Salmünster zu fahren. Seit diesem Augenblick fehlt von Schwarz jede Spur. Auf die Ermittlung der Mörder hat die Staatsanwaltschaft Hanau eine hohe Belohnung ausgesetzt. Schwarz dürfte in einen Hinterhalt gelockt worden sein und ist dann aus aller nächster Nähe erschossen worden. Die Leiche wurde dann in sehr ungeschickter Weise geritzt und in den Salzbad geworfen, der sie erst am 30. April an Land spülte. Wolf ist der Mittäterschaft verdächtig verhaftet worden. Ebenso wurde ein Verwandter von ihm, Anton Wolf, in Berlin festgenommen, dieser allerdings vorerst wegen Betrugs. Anton Wolf hat 1914 in Soden seine Mutter erschossen und dafür eine sechsjährige Zuchthausstrafe verbüßt.

Bochum. Ein frecher Diebstahl ist am Samstag morgen in der Nähe von Stripel ausgeführt worden. Als ein Kassenbote der Zeche Klosterbusch mit 65 000 Mk. Löhngeldern, die er von der Bank geholt hatte, sich zur Zeche zurückbegab, wurde er überfallen und des Geldes beraubt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Essen, 8. Mai. Die Arbeiter Joseph Biesemann aus Essen-Vorbeck und Joseph Juchs aus Essen waren am 13. April 1920 vom außerordentlichen Kriegsgericht wegen Plünderung mit Waffengewalt zum Tode verurteilt worden. Da der Reichspräsident von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat, ist das Urteil heute morgen um 6 Uhr in Münster durch Erschießen vollstreckt worden.

Die Einziehung des schadhaften Papiergeldes. Vom Papiergeld befinden sich bekanntlich die kleineren Stücke, die als Darlehnsklassenscheine im Umlauf sind, in besonders schlechtem Zustande. Sie sind zum großen Teil stark beschädigt oder verunstaltet. Um diesen Uebelstand zu verringern, hat die Hauptverwaltung der Darlehnsklassen den Reichsbankanstalten Umlaufstücke zur Verfügung gestellt. Die öffentlichen Kassen, Postämter usw. sind angewiesen worden, darauf hinzuwirken, daß die nicht mehr umlaufsfähigen Darlehnsklassenscheine zurückgehalten werden. Die Reichsbankanstalten sind ferner ermächtigt worden, alle Darlehnsklassenscheine, die genau in der Mitte durchgerissen sind, unumtauschbar oder Ersatz für sie zu leisten, falls die beiden Stücke dieselbe Nummer tragen. Bei 1- und 2-Mark-Scheinen müssen sie zusammen einen ganzen Schein ergeben. Es darf auch kein Verdacht eines Betrugsversuches bestehen. Die Reste von Darlehnsklassenscheinen zu 1 und 2 Mark werden ferner ausnahmsweise eingelöst, wenn das mit der Nummer nicht kleiner als die Hälfte eines ganzen Scheines ist, also wenigstens genau die Hälfte eines ganzen Scheines beträgt, auch wenn die beschädigten Teile offensichtlich aus Teilen verschiedener, nicht zusammengehöriger Scheine bestehen oder das nummerlose Stück fehlt.

Die Verwaltung der Steuermarken für Arbeiter und Angestellte. Der Hansa-Bund hat sich mit einer Eingabe an das Reichsfinanzministerium gewandt und darauf hingewiesen, daß es durchaus ungerechtfertigt ist, dem Arbeitgeber allein die ganze Arbeit des Lohnabzugs, Beschaffung und Einleiten der Marken in die Steuerarten zuzuschreiben. Nach Berechnungen größerer Werte würde allein für die Tätigkeit des Steuerabzugs eine Reuanstellung von zwei Angestellten auf 800 Arbeiter usw. notwendig sein, falls die alleinige Arbeit auf dem Arbeitgeber lastet. Als Mittel zur Erzielung von Ersparnissen und zur Entlastung des Arbeitgebers schlägt die Eingabe des Hansa-Bundes vor, daß die von den Arbeitgebern aus den einbehaltenen Lohnabzügen eingekauft und von ihnen entwerteten Steuermarken dem Arbeitnehmer ausgehändigt werden und ihm die Führung der Steuerkarte überlassen bleibt. Mit aller Entschiedenheit tritt der Hansa-Bund für eine Entschädigung des Arbeitgebers für seine Tätigkeit als Steuerentnehmer ein.

Eine Familie durch Heringsalat vergiftet. Nach dem Genuss von Heringsalat ist die Familie des Schmiedemeisters Bunze in Altdiedersdorf, Regierungsbezirk Frankfurt a. D., unter Vergiftungserscheinungen schwer erkrankt. Die 19 Jahre alte Tochter und die 40jährige Mutter sind bereits gestorben. Der Vater und eine zweite 17 Jahre alte Tochter schweben in Lebensgefahr.

Wissenschaftliche Versuche zur Herstellung eines nahrhaften Brotzuges werden jetzt von der Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung in Berlin angestellt. Es handelt sich um die Zuekung von chemisch reinem Chlorkalzium, das das Brot nahrhafter als das gewöhnliche macht und der Verdauung die unbedingt notwendigen Kalzmengen zuführen soll, die bei der heutigen Ernährung dem Organismus fehlen.

Die Ausfahrten für die Sommerreise. Der Hotelbesitzerverband des Harzes und der umliegenden Gebiete hat betreffs der Sommerpreisen das Folgende beschlossen: Pensionen sollen nicht unter einer Woche vereinbart werden, außerdem sollen irgendwelche Abzüge in Prozenten bei Vereinen, Korporationen usw. nicht mehr bewilligt werden. Die Sotels wurden in drei Kategorien geteilt und folgende Mindestpreise festgesetzt:

Kategorie	Serie I	Serie II	Serie III
Pogel nicht unter	12 Mk.	10 Mk.	8 Mk.
Frühstück nicht unter	5-6	4-5	3-4
Mittagessen nicht unter	20	18	12
Abendbrot nicht unter	15	12	10
Pensionen nicht unter	50-60	40-50	25-40

Freisetzung einer vorgeschichtlichen Wallburg. Bei Ausgrabungen an der Burgruine Arnswalde bei dem Dorf Ullingen (Kreis Sangerhausen) wurde eine gewaltige vorgeschichtliche Wallburg mit Dorfburg freigelegt, die nach den Bronzeunden um 1000 vor Christus erbaut sein muß.

Streik auf Helgoland. Aus London wird gemeldet, daß die 3000 Arbeiter, die die Engländer zur Schließung der Festungswerte in Helgoland eingesetzt haben, wegen Lohnstreitigkeiten in den Streik getreten sind.

Plünderungen in Deutschböhmen. In der Webersdorf an der sächsischen Grenze im deutsch-böhmischen Industriegebiet haben infolge des furchtbaren Elends Plünderungen stattgefunden.

Dänische Spende für die Kathedrale von Reims. Durch den Verkauf der Weltfriedensmarke und durch verschiedene andere Beiträge sind in Dänemark 1 932 919 Frank zur Wiederherstellung der Kathedrale von Reims eingekommen. Die Summe wurde dem französischen Gesandten Claudel überreicht.

Filmaufnahmen in der Wüste. Die russische Längerin Papierlowka weißt seit einigen Wochen mit einer Schauspielergesellschaft in Toggurt, 250 Kilometer südlich von Bakra, um im Auftrage einer Pariser Filmgesellschaft Aufnahmen in der Wüste Sahara zu machen.

Bayerischer Trinkerstreik. Wenn man den Bayern das Bier verteuert, dann kann man etwas erleben. So fand in Niederlauterbach eine stürmische Versammlung der Bauern wegen der Bierpreiserhöhung statt. Auf Vorschlag des Bürgermeisters wurde der Trinkerstreik beschlossen. Wer Bier trinkt, muß 30 Mark Strafe zahlen. Es darf von jetzt ab kein Froh mehr geholt werden. Ein Bauer — und das ist das Schönste an der ganzen Sache — der gegen den Streik stimmte, mußte laut Versammlungsbericht sofort flüchtig gehen, da ihm sonst mehrere Löcher einer anderen Überzeugung in den Kopf gehauen worden wären.

## Die Reichstagswahl am 6. Juni.

Die kommende Volksvertretung und ihre Vorgänger.

Die Wahlbewegung ist in vollem Gange. Zahllose Aufrufe werden veröffentlicht, Tausende von Versammlungen werden abgehalten, Parteiführer ohne Ende sind entbrannt und innerhalb der Parteien gibt es eine Menge bedeutungsvoller Auseinandersetzungen. So war es zwar nicht immer, aber so war es schon oft. Die jetzigen Zeiten mit ihren schweren Sorgen und ihrer tiefen Verblüdung, mit ihrer Unsicherheit und Unsicherheit, mit ihrer Verzerrung und ihren Gefahren drücken aber in jedem Fall der jetzigen Wahlbewegung einen ganz besonderen Stempel auf. Es steht zu viel auf dem Spiele. Der Einsatz ist ungeheuer. Wie wird das Ergebnis der Wahlen im Inlande wirken und wie wird das Ausland, vor dem wir in so vielen Beziehungen abhängen, darüber urteilen? Wird es mit Deutschland und den Deutschen noch weiter bergabwärts gehen oder wird es zum Wiederaufstieg kommen? Darüber wird am 6. Juni entschieden.

In der Geschichte der Wahlen zum Deutschen Reichstage ist der jetzige Zeitpunkt nicht außergewöhnlich; obwohl er — ursprünglich sollten die Wahlen im Spätherbst stattfinden — gewissermaßen erzwungen worden ist. Dreimal hintereinander, 1893, 1898 und 1903, ist im Juni, das erstemal am 15., die beiden anderen Male am 16., zum Reichstage gewählt worden. Noch häufiger waren die Monate Januar und Februar dazu ausersehen. Zweimal hat es Reichstagswahlen im Oktober und je einmal im März, im Juli und im August gegeben. Reichstagsauflösungen sind bisher sechsmal vorgekommen, im November, im Juni, im Januar, im Mai, im Dezember und im November. Die letzte, im November 1918, war veranlaßt durch den Umsturz vom 9. November 1918, und betroffen von ihr wurde der Reichstag, der, eine Folge des Weltkrieges, die längste Lebensdauer aufzuweisen hat. Am 12. Januar 1912 gewählt, ist er fast sieben Jahre alt geworden. Sein Nachfolger, die verfassunggebende Nationalversammlung, bringt es nur auf knapp anderthalb Jahre. Der am 12. Februar 1867 gewählte verfassungsberatende Reichstag, der durch den Reichstag des Norddeutschen Bundes abgelöst wurde, hat nicht einmal zwei Monate lang, vom 24. Februar bis zum 17. April 1867, getagt.

Der Deutsche Reichstag, der am 6. Juni gewählt wird, ist, wenn man sich streng an diese Bezeichnung hält, der vierzehnte. Der durch die Ummwälzung vom 9. November 1918 besetzte Reichstag trug die Unglückszahl 13. Nimmt man aber den Reichstag als Vertretung des deutschen Volkes und rechnet man zu diesen Vertretungen den Verfassungsberatenden Reichstag von 1867, den Reichstag des Norddeutschen Bundes und die jetzige verfassunggebende Nationalversammlung, so ist die am 6. Juni zu wählende Vertretung die siebenzehnte. Durch die Nationalversammlung ist die bisherige Übung durchbrochen worden, die der Reichstag als etwas Dauerndes, durch Neuwahlen sich immer wieder Ergänzendes betrachtete und sein Dasein in Gesetzgebungs-Abschnitten oder, wie man schwerfällig sagte, in Legislatur-Perioden einteilte. Wie schon die Nationalversammlung, wird sich auch der kommende Reichstag von den früheren durch das allgemeine Stimmrecht berufenen Vertretungen des deutschen Volkes dadurch unterscheiden, daß das Wahlrecht eine bemerkenswerte Ausdehnung und Erweiterung und das Wahlverfahren eine erhebliche Änderung zu verzeichnen hat.

Darauf ist es auch zurückzuführen, daß jetzt viele Betrachtungen nicht mehr ange stellt werden und nicht mehr aufgestellt zu werden brauchen, die früher zu jeder Reichstagswahl gang und gäbe waren. Andererseits ergibt man sich jetzt in Untersuchungen, für die vordem die Voraussetzungen fehlten. Eines ist dem gegenwärtigen Wahlverfahren, man mag zu den gesetzgeberischen Schöpfungen der Gegenwart sehen wie man will, ohne Zweifel nachzurufen: die Minderheiten gelangen dabei weit eher zu einer Vertretung als früher. Das macht viele Klagen, die in vergangenen Zeiten laut wurden, verstummen. Die Klagen über das Wahlergebnis aber, die von dieser oder von jener Seite her ertönen, sind das ewig Wiederkehrende. Wer wird nach dem 6. Juni klagen und wer wird frohlocken? Welches Zukunftsbild wird das Wahlergebnis entziffern? Das spottet jeder Voraussetzungen.

A. Sz.

## Spredhjaal.

(Für die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einsetzungen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

(Eingefandt.) Die Gesamteinnahme des Konzerts wurde überschätzt. Die Abrechnung wurde in Anwesenheit von 12 Beteiligten vollzogen und ist von einigen Unbeteiligten eingesehen worden. Die sächlichen Unkosten betragen gegen 350 Mk., die Ausgaben für 5 % Provision an den Herrn Vorverkaufser, an die Mitwirkenden, denen eine geringe Vergütung für die aufzuwendende Zeit versprochen wurde, ehe an eine Verwendung des Reinertrages gedacht war, und an den Frauenchor, zur Anschaffung von Noten zusammengewonnen gegen 300 Mk. Wer ein Interesse dafür hat, hätte offen sich danach erkundigen können, ohne den knappen Raum der Zeitung in Anspruch zu nehmen. Die Antwortzeilen vom Sonnabend stammten, von keinem Beteiligten.

(Ann. d. Schriftl.): Die Veröffentlichung eines weiteren aus gegangenen „Eingefandt“ in dieser Angelegenheit erübrigt sich durch vorstehende Ausführungen. Für uns ist diese Sache hiermit erledigt.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Otto Bed.

**Anzeigen.**  
**Stadtverordnetenversammlung**  
am 10. Mai, abends 8 Uhr.

- Tagesordnung:
1. Ausbau und Vergrößerung des Spielplatzes am Hochbehälter,
  2. Ausbau des Merkenbacher Stiches,
  3. Ausbau des städtischen Gefängnisses zu Wohnungen,
  4. Ausbau einer Wohnung im Eichamtgebäude,
  5. Errichtung eines Bezirkskrankenhauses,
  6. Erhöhung des Wassergeldes,
  7. Erhöhung der Fäkalienabfuhrgebühren,
  8. Erhöhung der Tagelöhler und Reisekosten für die städtischen Beamten und Angestellten,
  9. Erhöhung der Vergütung für Reinigung des Rathauses,
  10. Besuch des Invaliden Wilhelm Gohmann,
  11. Mitteilungen.

Der Stadtverordnetenvorsteher:  
Arnold.

**S. D. P.**

Dienstag, abends 8 1/2 Uhr  
**Versammlung**  
bei Aug. Neuendorf. 1657  
Thema: Kandidatenfrage.  
Mitglieder und deren Frauen willkommen.

Neu eingetroffen:

**Damen-Mädchen-Kinder-  
Keider und Blusen**

Woll- und Seiden-Kostüme  
Sommer-Mäntel und Jacken  
Reichhaltiges Lager  
Grösste Leistungsfähigkeit  
**A. H. König, Dillenburg.**  
1666



**Tapeten**

in allen Preislagen. (12

**Farbenhaus Kunkirchen,**  
Dillenburg, Bahnhofstr. 6.



**SIEGENER FEILEN-  
UND WERKZEUGFABRIK  
HANS SCHILLING**

Herstellung von Feilen aller Art  
Aufhauen gebrauchter Feilen  
Herstellung v. gebrauchsfertigen  
Sparwerkzeugen (Dreh und Hobel-  
meißeln mit Schnellstahlschneiden)  
Ständiges großes Lager in Werkzeugen  
besonders in Feilen aller Art. Spiral-  
bohrern bis 40 mm Sägeblättern für  
Maschine und Handbogen

**SIEGEN**,  
Fernsprechanschluß 1330 Eisennerstr. Nr. 31

**Achtung!** **Achtung!**  
Morgen, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, wird bei Gast-  
wirt und Metzger Franz Lehr die  
**Pferchnutzung**

versteigert. 1659  
Zur Versteigerung sind auch Nichtmitglieder zugelassen.

**Junge Mädchen oder Jungen  
zum  
Bürsteneinziehen**

gesucht. 1667  
**Wieth & Co.,** Bürgerlandstr. Nr. 9.

**Theodor Ferber,**  
Siegen, Kölnerstrasse 6.  
**MASCHINEN**  
für Landwirtschaft und Haushalt.  
**Nähmaschinen  
Waschmaschinen**

Wringmaschinen, Wäschemangeln,  
Messerputzmaschinen, Fleischhack-  
maschinen, Brotschneidemaschinen,  
Kartoffelreibmaschinen.

**Zentrifugen und  
Buttermaschinen** 1034

Häckselmaschinen, Rübenschneider,  
Kultivatoren, Wendepflüge, Räucher-  
schränke, Hausbacköfen, Jauchepumpen  
u. s. w.

Ausführung  
sämtlicher Reparaturen.

Maschinenöl und Ersatzteile.

**Freiw. Feuerwehr Abtg. 4.**

Heute, Montag, abends 8 1/2 Uhr:

**General-Versammlung**

im „Herborner Hof“

Tagesordnung:

Wahl der Führer.

1652

Der Obmann.

Eine Sendung

**la. Cabliou**

eingetroffen. 1661

**J. Gabriel Raab,  
Theodor Pfeiffer.**

Beamter (3 Personen)  
sucht baldigt

**Einfamilienhaus**

oder 3-4-Zimmerwohnung  
in Herborn oder nächster  
Umgebung zu mieten.

Offerten unter **K. S. 1640**  
an den Verlag ds. Bl.

Die Ausgabe der Lebensmittel auf Atteste (Hof-  
flocken, Mehl) erfolgt nicht am Mittwoch, den 12. Mai,  
sondern am Dienstag, den 11. Mai, auf Zimmer  
des Rathauses.

**Brennholzschneiden!**

Scheitholz pro Rmtr. 6.00  
Knüppel " " 5.50

ohne Hilfe bei  
**Wagner Schuster, Küfer Zipp,  
Hh. Schäfer.**

**Mutterschaf**

zu verkaufen. 1654

Näheres in der Geschäfts-  
stelle ds. Bl.

**Wagen**

zu verkaufen. 1653

**Otto Rumpf, Schönbad**

Eine frischmelkende

**Kuh**

zu verkaufen. 1650

**Rodenroth,  
Haus Nr. 54.**

**Ein Hund**

(Dobermann)

zugelaufen.

Abzuholen gegen Insekt-  
gebühren und Futterkosten.

Zu erfragen in der Ge-  
schäftsst. ds. Bl. 1651

**Evang. Kirchenchor.**

Dienstag abend 8 1/2 Uhr

Gefangstunde. 1655

**Tabakpflanz**

große langblättrige

gibt ab

**Chr. Carl Hoffmann**

Gärtner, Burgberg

**Biezkann**

in allen Größen hat

zu billigsten Preisen

**Heinrich Budde, Dillenburg**

Hauptstr. 48. Telefon

**Bäckofenba**

Für Gemeinden

Bäcker empfiehlt sich

**Bernhard Richter**

Ofenbauer,  
Rittershausen

bei Straßeneck

**Brennho**

Alle Sorten

kaufen laufen

**Merz & Co., G. m. b. H.**

Ransbach (Westf.)

**Dankagung.**

Herzlichen Dank allen, welche uns beim Heimgehe unseres lieben  
Verstorbenen, des

**Bahnmeisters a. D. Johann Hillesheim**

ihre wohlthuende Teilnahme bezeugt haben. Insbesondere danken wir für  
die überaus zahlreichen Kranzspenden.

Die trauernden Hinterbliebenen:

J. d. N.: Fritz Hillesheim, Lehrer.

Herborn, den 10. Mai 1920. 1663



Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, heute meinen lieben Mann, unseren  
lieben Vater, Bruder, Schwiegervater, Großvater und Onkel,

**Herrn Bauunternehmer  
Joseph Bries,**

im Alter von 68 Jahren nach kurzer, aber schwerer Krankheit, wohl vorbereitet durch den Em-  
pfang der hl. Sterbesakramente, zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Dieses zeigen um stille Teilnahme bittend, schmerz erfüllt an

**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Herborn, Heiligenstadt, Helmsdorf, St. Bith, Mertesheim, Elberfeld, Aachen,  
Sinterweidenthal, Beurig, Dillenburg, den 9. Mai 1920.

Man bittet von Beileidsbesuchen Abstand zu nehmen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 13. Mai 1920, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause,  
Wilhelmstraße 20 aus statt. 1658

Die Trauerämter finden Mittwoch, den 12. und Freitag, den 14. Mai, morgens 7 Uhr statt.